

Hule Nagold.
 März, nachmittags 4 Uhr, findet
 ältesten Jahrgangs
 und Handelschule,
 den Unterrichtsproben und (nach-
 Sigu werden die Freunde der
 Herren, höflich eingeladen.
 1921. Der Schullehrer:
 Hobamer.

Gabelberger.
 Graphenverband Gabelberger be-
 Bob. Stenographie von hier und
 s. zusammenzufassen, um so Ge-
 zu schaffen. Diejenigen Damen
 reisse haben, werden gebeten, ihre
 mitzuteilen an 1540
 liehrer Sandier, Calwerstraße.

**n-Hut-
 stellung**

großer Auswahl
 en- und Kinder-Hüte
 lasen und Bänder.
 en von 20 Mk. an.
lomm, Modistin.

bekanntes
mppe (Wellpumpe)
 ettdichtung
 jeder Länge auf Lager,
 erall beliebte ges. gesch.
zregge
 chseln, Zinken.
rr, Rohrdorf.

1543 Erfurter
**Blumen- u. Gemüse-
 Samen**
 empfiehlt in bester Qualität
Löwen-Drog. Nagold.

Die Sie einen
**Rauch-
 kasten**
 kaufen
 verlangen Sie Prospekt von
Gebrüder Dongue
 967 Dedenpfeim.

Etwas Gutes
 f. Haare u. Haarbohm ist edelst
Brennessel-Haarwasser
 mit den 3 Brennesseln.
 691 In haben bei:
 Feilerwisch, Wädle, Nagold.

Palen-(Dötes)-Briefe
 bei G. W. Zaiser, Nagold.

Ercheint an jedem Woch-
 tag, Bestellungen nehmen
 sämtliche Postämter
 und Postboten entgegen.
 Preis vierteljährlich hier
 mit 10 Pfennigen M. 12.—,
 annuall 24.—,
 einjähr. des Postgebühren.
 Monat, nach Verhältnis.
 Anzeigen-Gebühr für die
 einpolige Seite aus ge-
 ordentlichem Schrift oder
 deren Raum bei einmali-
 ger Einrückung 50 Pfg.,
 bei mehrmaliger Rückst
 nach Tarif. Bei gerichtl.
 Behauptung u. Konkurten
 in der Regel höher.

Der Gefellschafter

Amis- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold
Nagolder Tagblatt

Nr. 78

Donnerstag den 31. März 1921

95. Jahrgang

Der polnisch-russische Friedensvertrag.

Am Freitag, den 18. März, ist in Riga nach monatelangen Verhandlungen der Friede zwischen Sowjetrußland und Polen unterzeichnet worden. Aus dem heute hier vorliegenden Nachdruckmaterial über die wichtigsten Bestimmungen des Rigaer Vertrages sei hier nur das wichtigste Lausfällige hervorgehoben.

Als vertraulichstehende Teile treten im Vertrage einerseits die „Regierung der Republik Polen“, andererseits die „Regierung der Sozialistischen Föderation Russischen Republik im eigenen Namen wie in Vollmacht der Regierung der Wehrkraft der Sozialistischen Arbeiterrepublik“ sowie die Regierung der Ukrainischen Sozialistischen Arbeiterrepublik auf. Das Territorium der Republik Polen wird als bekannt vorausgesetzt, jedenfalls vertragsmäßig nur hinsichtlich der neuen Östgrenze näher bestimmt. Ergänzt wird durch die Gegenseite vertretenen Gebiete heißt es dagegen in einem speziellen Artikel (24) des Vertrages: „Rußland und die Ukraine räumen, doch alle Verpflichtungen, die sie durch diesen Vertrag Polen gegenüber übernommen, wie auch alle Rechte, die sie ihm gegenüber dadurch erworben, sich auf alle die Gebiete beziehen, die östlich von der in diesem Vertrag, Artikel 2, bezeichneten Grenze liegen, die zum ehemaligen Russischen Kaiserreich gehörten und bei Abschluß dieses Vertrages durch Rußland und die Ukraine vertreten sind.“ Eine etwas unklare Definition.

Der Vertrag des Friedens zu Riga umfaßt 26 Artikel. Ihr Inhalt ist folgender:

1. Beendigung des Kriegszustandes. 2. Anerkennung der Selbstbestimmt Willkürlichen und der Ukraine. — Grenz-
 3. Rußlands Verzicht auf alle polnisch-litauischen Territorialansprüche. 4. Polen übernimmt keine Verpflichtungen auf Grund ehemaliger Zugehörigkeit zu Territorien zum Russischen Reich. 5. Beibehaltung der Verfassung der Republik einmündig in die inneren Angelegenheiten der Gegenseite. 6. Bestimmungen über Optionstische auf beiden Seiten. 7. Schluß der nationalen Wahlen u. Religionsgemeinschaften. 8. Selbstbestimmte Verzicht auf Privilegien und Freiheitsrechte. 9. Austausch der Gefangenen und Prisoniers. 10. Amnestie. 11. Rückgabe der poln. Archive und Archive. 12. Zurückgabe und Aufhebung des abgetretenen oder rückgekauften Staatsgebietes. 13. Polen erhält 30 Milliarden Rubel in Gold in Verrechnung seines aktiven ehemaligen Anteils am russischen Staatsschatz. 14. Reorganisation des normal purigen Schwanenparks (geschätzt auf 20 Millionen Rubel). 15. Reorganisation von Staatsgebiet. 16. Reorganisation von Privatigentum. 17. Berechnung über öffentliche und private Kapitalien u. Fonds verschiedener Art und polnischer Herkunft, die in russischer Verwaltung waren. 18. Auswärtigen Handel zwischen privaten Schuldnern und Gläubigern beider Seiten. 19. Aufgaben der Berechnungskommission. 20. Polen übernimmt keine Schulden Rußlands. 21. Die Selbstbestimmung polnischer Bürger, falls Rußland Bürger eines anderen Staates Erfolg für Schäden, erlitten im russ. Bürgerkrieg, anzusetzen sollte. 22. Binnen 6 Wochen müssen Verhandlungen über einen Handels-, Konventions-, Konjunktur-, Post-, Sanitäts- und Fischereivertrag beginnen. 23. Bestimmungen über den Transitverkehr. 24. Räumliche territoriale Begränzung des Gebietes, das durch die russische Verwaltung vertreten wird. 25. Aufnahme diplomatischer Beziehungen nach der Ratifikation. 26. Ratifikation binnen 45 Tage im Mindest.

Während die übrigen Artikel in erster Reihe nur die beiden Vertragsschließenden angehen, werden Interessen auch anderer Staaten in amüßend gleicher Weise durch den Artikel über den freien Transitverkehr berührt, der zwar nur zeitweilig bis zum Abschluß eines Handelsvertrages Geltung haben soll, aber in dem 4. B. der gegen Deutschland u. Oesterreich gerichtete Abzug ansehend programmatischen Sinn hat. Dieser sei hier im Wortlaut wiedergegeben. Er lautet: „Unter freiem Transitverkehr verstehen beide verpflichtende Teile, daß die Transitwaren, die von oder nach Rußland oder der Ukraine durch Polen gehen sowie von oder nach Polen durch Rußland oder die Ukraine mit keinerlei Transitgebühren belastet werden und auch durch keine anderen Durchfuhrgebühren belegt werden dürfen, und zwar ohne Unterchied, ob die Waren direkt durchtransportiert, oder unterwegs ausgeladen, zeitweilig in Häfen aufbewahrt und dann zur Weiterverladung auf Neue verladen werden, unter der Voraussetzung, daß diese Vorrichtungen in unter Zollverschluss befindlichen Lokalen stattfinden. Polen behält sich freie Verfügung in der Festlegung der Bedingungen des Transits für Waren deutscher und österreichischer Herkunft vor, die aus Deutschland und Oesterreich durch Polen nach Rußland oder in die Ukraine ausgeführt werden.“

Aus den Reden, mit denen die Rigaer Konferenz geschlossen wurde, sowie die, durch den Inhalt des Transit-Artikels allerdings nicht unbedingt bedingte, Versicherung des polnischen Delegationsführers Kambski anzuführen, daß Polen „nicht eine Barriere, sondern eine Brücke zwischen Westen und Osten zu sein wünsche.“ In charakteristischen Momenten reicher war die Schlussrede Joffes. Nach der Meldung der Agentur „Orient“ hob er zunächst hervor, daß, obwohl

während der Rigaer Verhandlungen „die internationale Situation sich mehrfach änderte“, in Riga dauernd eine friedensfreundliche Atmosphäre geherrscht habe. Der Termin-
 fiede des 18. März beruhe denn auch völlig auf den Präliminarien vom 12. Oktober. Joffe will darin einen Beweis sehen, daß die Sowjetrepublik ihre Verhandlungen nicht vom Kriegsglück abhängig sein lassen, während „andere Staaten den von ihnen selbst ausgehenden Gefahren nicht immer Folge leisten.“ Auf die formalrechtlichen Sicherungen Dombörs eingehend, sagte Joffe zum Schluß: „Solern tatsächlich keine dem polnischen Volk fremden Interessen für die polnische Politik leidend sein werden, können zwischen den Staaten, die heute diesen Vertrag unterschreiben, argwöhnisch jene guten Beziehungen sich entwickeln, von denen der Herr Vorsitzende der polnischen Delegation gesprochen hat.“

Dann unterzeichnete die beiderseitigen Bevollmächtigten den Vertrag. Auf der Seite der Sowjets waren dies der Leiter der Delegation Joffe und die Delegierten Ganeff, Obolensk, Luning und Rotkubinski, auf polnischer Seite der Delegationsleiter Dombörs und die Delegierten Kambski, Lechowicz, Straszburger und Woffjowski.

Fascisten und Kommunisten.

Verschiedene italienische Mächte wollen einen Zusammen-
 lang zwischen den deutschen und italienischen Parteien fest-
 stellen. Wir lassen aus diesem Grunde einen kurzen römischen
 Bericht, welcher über die letzten Uruppen in Italien Auf-
 klärung gibt, folgen.

Zust in der Stunde, da amtlich mitgeteilt werden konnte,
 daß der Staatsbankrott allmählich wider ins Gleichgewicht
 kommt und der Abgang im Süden des Festes von 14 auf
 4 Milliarden herabgesetzt ist, haben sich in Lissabon, Gen-
 uen, Spanien, Portugal und in Orient einige Kuratäre ab-
 gegeben, die jeder eine Reihe von Lebenslauf in geleistet
 haben. In Florenz wurde ein Anschlag von Mittelstücken
 bürgerlichen Geduldes von Anarchisten mit Bomben bedacht,
 worauf der Verbrecher losging. Die Fascisten (eine Art
 Bürgerband) veranstalteten „Sonderexpeditionen“, die Expremen
 der Volkspartei blieben die Antwort nicht kräftig. Es
 gab Tote und Verwundete auf beiden Seiten, Wachmann-
 wehre und Kommandos gefielen sich zu Bomben und Raubzügen
 Ausfälle setzen ein, der Brand griff auf einige andere
 strategische Punkte des Reichstempels über und schließlich
 wurde in Florenz von den Fascisten die Arbeiterkammer ge-
 waltig gestört, worauf die Kommunisten die Werk von
 San Marco in Brand setzten, wodurch wiederum 3000 Ar-
 beiterfamilien bronos geworden sind. Und dann steht die
 Ruhe wieder ein, wie immer nach solchen Epochen.

Wer sind die Kruppen, die sich gründen? Man sagt,
 es seien die extremen Fraktionen des Bürgerturns und der
 der Sozialdemokratie. Wir möchten den Urteil einen
 kleinen Dampf auflegen. So wenig man die Arbeiter-
 sozialisten für die Handlungsweise seiner Leute, die sich von
 ihnen losgerissen haben, verantwortlich machen kann, geht
 es an, die Bewegung der Fascisten als ideale Ausfluß des
 Bürgerturns anzusehen. Auf der einen Seite haben Anar-
 chisten u. Sozialisten im Aufmarschgebiet der Kommunisten,
 auf der anderen Seite eine radikal in totalitäre Weltanschauung,
 zumißt Mitglieder jener Regimentskommandos (fasci di
 combattenti) die der ehemalige Sozialist Professor Demio
 Mussolini gegründet hat und die Gabriele d'Annunzio als
 ihren geistigen Führer verehren, obwohl sich ihre Tätigkeit
 weniger auf geistiges als auf kriegerisches Gebiet er-
 streckt, wobei Revolver und Handgranaten die Hauptrollen
 spielen. Und doch wollen wir, ganz in parteilicher, auch den
 Fascisten ihre Verdienste um die Abwehr des Bolschewismus
 anerkennen. Bei jedem Auslande springen sie sofort in die
 Bresche, um den normalen Gang des Lebens möglichst läd-
 los aufrechtzuerhalten; und nicht zuletzt ist es ihrer geschlos-
 senen Organisation zu verdanken, daß sich da und dort im
 Lande die Anarchisten nicht mehr aus ihrem Schutzwinkel
 hervorwagen. Bis sich das Bürgerturn bei den kommu-
 nistischen Wandern nach russischem Typ bis ins Maß er-
 schauend, von der politischen Arena zurückzog, war es der
 Fascismus, der in wenigen Monaten die Lage des Landes
 änderte, indem er eine Abwehr einrichtete, die dem Ansturm
 wirksam entgegentrat.

Die paar Tage voll Blut und Wunden, von denen jetzt
 Florenz und einige andere der hundert Städte Italiens be-
 troffen worden sind, haben aber — und dies sei ausdrücklich
 betont — mit der Revolution nichts zu schaffen. Das hat
 auch die Tagung der Gewerkschaftsverbände zu Livorno wie-
 derum klar bewiesen, wo man zwar den Gegnern der Fas-
 cisten den Verfall nicht verweigerte, aber im übrigen vom An-
 sturm nichts hat wissen wollen. Die Kommunisten blieben auf
 eine paar Zentner beschränkt, auch der allgemeine Aufstand
 ist nicht gekommen, und allmählich tritt auf allen Linien
 volle Ruhe ein. Auch dem italienischen Arbeiter ist die
 Arbeit zu heilig, um in ihrem Namen den Bürgerkrieg zu
 entfachen. Der Bolschewismus ist keine Pflanze die auf ita-
 lienischem Boden gedeihen könnte.

Italien will ehrlieh Frieden haben. Dieser unerschütter-
 liche Wille kühlt die Zukunft an die Gegenwart. Das Land
 reagiert auf jeden Versuch, die Ruhe im Innern zu stören.

Was will Washington?

Berlin, 30. März. Die Rolle der Vereinigten Staaten
 über die Ordnung der internationalen Angelegenheiten stellt
 eine Anklage dar, die wieder um die politischen Fragen
 Europas zu klären. Sie wird noch unterfunden durch die
 scharfe Abgabe an Sowjetrußland, die dem englisch-russischen
 Handelsvertrag nahezu auf dem Fuße folgt. Die Verhältnisse
 sind auch hier wieder härter als die Menschen gewohnt.
 Wenn Washington Europa die kalte Schulter zeigt, bleibt
 dem Abendlande nichts weiter übrig, als sich selbst zu helfen.
 Das hat es bisher nicht fertiggebracht und wird es auch wei-
 terhin nicht können, sofern die Rufe des Verbandes nur auf
 rüchselhafte Ausbeutung einwirken. Der New Yorker Herald,
 der bisher mit den Amerikanern durch die und dann ging,
 hat sich bereit, die Erklärung so auszuliegen, daß sie in Pa-
 ris und London nicht allseitig Anklang erregt. Angeht, soll
 es die Frage der deutschen Kolonien, das Mandat über die In-
 sel Yap und der Ostküste Mesopotamiens sein, die wegen
 ihrer Behandlung in Washington missfallen haben. Es scheint
 indessen, als ob die Vereinigten Staaten hauptsächlich das
 russische Problem im Auge haben. Die Abgabe unterfucht
 die französische Auffassung, die dem Bolschewismus unerbittlich
 den Krieg angelegt hat. Allein Frankreich ist außerstande,
 etwas gegen Moskau zu unternehmen, während die auf Fran-
 zösisch und Polen gestellten Hoffnungen unerfüllt blieben, wozu
 sich Lloyd George nun bereit, das Urteil über Moskau zu
 ändern. Er hat das schon oft getan, doch eine neue Wan-
 dung dieses wandlungsfähigen Staatsmannes auch nicht we-
 niger auffällt. Ursache ist, daß die Reimungsverschiedenheiten
 zwischen den Verbündeten groß und zu leicht unüberbrückbar
 sind. Das gilt zunächst von dem russischen Problem. Was-
 hington lehnt es ab, zu Sowjetrußland politische und wirt-
 schaftliche Beziehungen anzuknüpfen. England hat das ge-
 tan, schon auch Lloyd George weiß und wissen mußte, daß
 der Handel mit Sowjetrußland für unabweisbare Zeit auf dem
 Papier steht. Der erdringt Moskau lebt Tag für Tag
 den unüberlegbaren Beweist. Es läßt durch die sogenann-
 ten Passagenzettel in Wien und Moskau den kommunisti-
 schen Zeitungen Westeuropas ständig Nachrichten über den
 Wiederaufbau Rußlands geben. Sie sind sehr dürftig und
 lassen ohne weiteres den Schluß daraus ziehen, daß Rußland
 immer wieder erwecket und verformt. Das Rußland die
 Zwangsmaßnahmen gegen die Bauern abschaffen mußte, ist
 eine Sanfterteil hinaus des bolschewistischen Systems. Allein
 damit ist der Aufbau Rußlands noch nicht geleistet, da hierzu
 mehr gehört als Handelsverträge und formale politische
 Schenkungen. Es frast sich, welche unmittelbare Wirkung die
 Note Washingtons auf die Verhandlungspolitik ausübt. Die Note
 hat nicht den Zweck, den Druck zu lindern, der von Paris
 und London gegen Deutschland geltend gemacht wird. Was-
 hington sucht nur die Interessen der Vereinigten Staaten zu
 wahren, was allerdings auch gehört, daß die machtpolitischen
 Beweggründe sich ausgleichen. Bisher ist noch nichts darüber
 bekannt geworden, daß Washington den Friedenszustand mit
 Deutschland herzustellen wünscht. Inwiefern wird der An-
 arch, dessen außerordentlich heftige Tagung droht, an dieser
 Frage nicht vorübergehen können. Geringfügig abfließt es
 angeblich gewesen, den Friedenszustand sofort nach seinem
 Ansturm herzustellen. Was Rücksicht auf die Verbündeten
 unterlich er ist. Dies empfindet er heute selbst als Nachteil.
 Das Echo in Paris und London ist ebenso politisch wie wirt-
 schaftlich. Es geht nicht an, den großen Gläubiger von den
 Kopf zu stoßen. Vielleicht wird Brand oder Lloyd George
 reden. Die Vereinigten Staaten wollen keine Veränderung er-
 erkennen, an der sie selbst nicht beteiligt waren. Eine Ver-
 änderung des Verfallers Vertrags liegt in dem Londoner Be-
 schlusse vor, die Amerika insofern berührt, als sie Deutsch-
 land wirtschaftlich vernichtet. Damit wird auch der europäi-
 sche Markt so gründlich zerstört, daß die Wirtschaft der Ver-
 Staaten die Ansis nicht überwindet.

Violants Ankunft.

Paris, 29. März. (Wolff) Nach einer Havakmeldung
 aus New York ist der Abgeordnete Violant gestern in New-
 York angekommen. Er erklärte bei seiner Ankunft, er sei
 nach den Vereinigten Staaten gekommen, um den neuen
 Präsidenten der Republik der Ordnung der französischen Re-
 gierung und des französischen Volkes zu versichern. Deshalb
 habe er, bevor er nicht Präsident Harding gesprochen habe,
 keine weitere Erklärung abgegeben. Zudem er den eilen und
 größten Hüter der amerikanischen Demokratie begrüße, be-
 grüße er zugleich das amerikanische Volk, für das Frankreich
 eine sehr tiefe Zuneigung und ewige Dankbarkeit empfindet.

London, 28. März. (Wolff) Die „Morning Post“ meldet
 aus Washington über die Mission Violants: Harding werde
 Violant am Mittwoch empfangen. Violant werde dem Plan,
 den die französische Regierung ausgearbeitet habe, um die
 Vereinigten Staaten zur Ratifikation des Vertrages von Ver-
 sailles und zum Eintritt in den Völkerbund zu bewegen, vor-
 bringen. Harding werde jeden Vorstoß aufmerksam und
 sympathisch anhören, es sei aber zweifelhaft, ob der Präsident
 irgendwelche Zusicherungen geben werde. Die endgültige
 amerikanische Politik Amerikas sei bisher nicht ausgearbeitet
 worden: Harding befände sich zwischen zwei Feuern. Die

Verbreitete Zeitung im
 Oberamtsbezirk. — An-
 zeigen sind daher von
 bestem Erfolg.

Für telef. Beiträge wird in-
 teressiert. — Anzeigen
 sind daher von bestem
 Erfolg. — Anzeigen sind
 daher von bestem Erfolg.

Telegramm-Adresse:
 Gefellschafter Nagold.
 Postfachkonto:
 Stuttgart 5113.

letzte Novemberwahl habe eine Teilnahme der Vereinigten Staaten am Bitterbund aus geschlossen und allen weiteren Erbverträgen ein Ende gemacht, die Begeisterung der Bitterbundsleute sei aber vorüber. Es bestreite in Amerika immerhin noch eine starke Partei zu Gunsten der Ratifikation des Vertrages von Versailles durch die Vereinigten Staaten, selbst wenn die Ratifikation unter Vorbehalt erfolgt. Internationalisierte Rechtsgelehrte erklärten, daß, wenn die Vereinigten Staaten den Friedensvertrag nicht ratifizieren, sie keinen Anspruch auf die vormaligen deutschen Kolonien oder über die Verfügung der vormaligen deutschen Inseln erheben könnten. Die materiellen Interessen würden den Vereinigten Staaten die Ratifikation des Vertrages zur Pflicht machen. Diese Erörterungen berührten jedoch nicht im Geringsten die Gegner des Vertrages, die augenblicklich ebensowenig wie vor einem Jahre davon überzeugt seien, daß das eigene Interesse eine Allianz mit Europa nötig mache.

Verhandlungen mit England über die Abklärung.

London, 29. März. (Wolff.) „Daily News“ meldet, daß zwischen Amerika und England augenblicklich eine Verständigung der Abklärungsfrage stattfindet. Die Vereinigten Staaten seien damit vornehmlich an England herangetreten. England habe die Frage der schließlichen Gasse und hochpreisigen Stoffe abgeworfen. „Daily News“ zufolge ergibt sich daraus die Frage einer internationalen Kontrolle der chemischen Industrie.

Eine deutsche Note wegen Verkaufs von Reparationskohle.

Der Verkauf von Reparationskohle durch die alliierten Empfangsländer hat die deutsche Regierung veranlaßt, der Reparationskommission in Paris und der belgischen Regierung in Brüssel die folgende Note übergeben zu lassen: Nach den der deutschen Regierung zugegangenen zuverlässigen Mitteilungen haben in letzter Zeit in erheblichem Umfang Verkäufe von Reparationskohle durch die alliierten Empfangsländer stattgefunden. Es handelt sich dabei um sehr beträchtliche Mengen, mindestens um 70000 Tonnen. So sind beispielsweise von dem Comptoir belge pour la Reparation des Charbons allernachst, also von offizieller Stelle, bis anfangs März etwa 40 bis 45000 Tonnen in den Niederlanden verkauft worden, die zum Teil von Antwerpen aus geliefert wurden. Das gleiche Komitö hat ferner bis anfangs März etwa 10000 Tonnen Braunkohlenbeisatz nach den Niederlanden verkauft, wobei es die gleiche Menge monatlich auf unbestimmte Zeit angeboten hat. Außerdem sind durch das belgische Comptoir Charbonnieres Maritimes in Antwerpen deutsche Reparationskohlen per Schiff Rotterdam, Duisburg oder Mannheim angeboten worden. Ähnliche Verkäufe oder Angebote sind zu abnorm billigen Preisen erfolgt. In Rotterdam bestanden sich anfangs März etwa 50000 Tonnen Reparationskohle unentgeltlich in Abhängen. Die deutsche Regierung hat in der Note vom 6. Degr. n. Jz. durch Vermittelung der deutschen Kriegskohlenkommission ohne Widerspruch der Reparationskommission ihren grundsätzlichen Standpunkt wiederholt dahin zum Ausdruck gebracht, daß Deutschland einzigen Ausnahmefällen mit Reparationskohle zustimmen und an den daraus entstehenden Vorteilen beteiligt werden muß. Nach weit weniger als derzeitigen Ausnahmefällen kann Deutschland den Verkauf von Reparationskohlen in der oben geschilderten Art zustimmen. Die Absicht des Friedensvertrages war, den Alliierten das Kontingent ihrer früheren Importe aus Deutschland sowie den Ausschlag der gestrichelten Gruben durch Auflegung von Pfandlieferungen an Deutschland zu sichern. Die Reparationskohle soll mithin der Wirtschaft der beteiligten Mächte selbst zur Verfügung kommen, nicht etwa soll sie es ihnen ermöglichen, damit Handelsbeziehungen zu treiben. Dadurch würde dem Zweck des Friedensvertrages direkt zuwider gehandelt.

Wegen des gegenseitigen von einzelnen Regierungen eingeleiteten Verkehrs muß die deutsche Regierung um so mehr Bewahrung einlegen, als sie, wie es die Tatsachen ergeben und wie sie der Reparationskommission wiederholt mitgeteilt hat, trotz aller Bemühungen nicht in der Lage ist, die Kohlenlieferungen, die ihr auferlegt sind, voll zu erfüllen. Wie auch an dieser Stelle hervorgehoben werden muß, kommt noch hinzu, daß immer stärkere Anforderungen an Sorten und Quantitäten der zu liefernden Menge gestellt werden. Der Anspruch der deutschen Regierung gegen Höhe und Art dieser Lieferungen ist bisher unberührt geblieben.

Kleine politische Nachrichten.

Die Unabhängigen in England.

London, 30. März. Auf der Konferenz der Unabhängigen Arbeiterpartei in Southend wurde gestern eine Entschliessung angenommen, in der die Stellungnahme der Arbeiterpartei bei der zweiten Sitzung der „deutschen Reparationsbill“ im Unterhaus mißbilligt wird.

„Evening Standard“ zufolge erklärte Ledebour, der dem Kongress der britischen Arbeiterpartei als Gast beizuwohnte, in einer Rede, er sei gekommen, um darzutun, daß die Parteistellungsbekämpfungen wieder hergestellt werden. Ledebour erzielte großen Beifall.

Der Sekretär der Unabhängigen Arbeiterpartei teilte mit, daß die für den Anschluß an Moskau abgegebenen Stimmen weniger als 10 Prozent der Gesamtmitgliedszahl der Partei ausmachten.

Polnische Wahlkämpfe.

Berlin, 30. März. Die oberste politische Zeitung „Der Volksstimme“ berichtet über eine Anzahl von polnischen Wahlkämpfen. Die Polen haben vielfach fremde Personen zur Abstimmung gebracht, die den Wahlzettel für Abschwärze, ja sogar für Verhaftung vornehmen mußten. Die Abstimmenden haben für die falsche Stimmabgabe je 500 K erhalten. In einem Bezirk hat ein Pole sich einmal als Kaufmann und einmal als Beamter einzutragen lassen und zweimal abgestimmt. Aus Groß-Panitzsch und anderen Gemeinden liegen Protokolle vor, wonach dort nur polnische Stimmzettel verteilt worden sind. Wenn ein Wähler einen deutschen Stimmzettel verlangte, wurde sein Name notiert.

Kriegsbeschuldigten-Prozesse.

Belgien, 28. März. Die von der Entente so dringend verlangten Prozesse gegen die Kriegsbeschuldigten konnten bekanntlich zum großen Teil deshalb noch nicht stattfinden, weil die Vernehmung englischer Zeugen nicht den Vorschriften der deutschen Kriegsverordnung entspricht. Rummer wird ein Mitglied der Reichsanwaltschaft gegen Ende April nach London reisen, um an der Vernehmung zunächst des Landwehrmanns Rumann, des Unteroffiziers Heinen und des Hauptmanns Müller teilzunehmen und zwar in Gemeinschaft mit den Rechtsbeiständen der Entanten.

Der lang vorbereitete Kampf.

Ein Abgeordneter der Demokratischen Partei bringt im „Berl. Tagebl.“ die kommunistischen Urkunden in Zusammenhang mit einer Konferenz, die Ende vorigen Jahres stattgefunden und sich mit der kommunistischen Propaganda befaßt. Die Teilnehmer hatten sich fremde Pässe verschafft und trafen in Westeuropas unter falschem Namen auf. Es wurden Berichte aus den verschiedenen Staaten erstattet und organisatorische Beschlüsse gefaßt. Ueber Mitteleuropa referierte der Vorsitzende der russischen Sektion der deutschen Kommunisten. Nach seiner Meinung sollte der revolutionäre Aufbruch des deutschen Proletariats im Frühjahr 1921 seinen Höhepunkt erreichen. Es wurde im übrigen auf der Konferenz festgestellt, daß die äußere Bedrohung durch die Entente im deutschen Proletariat einen revolutionären Geist erzeuge. An der Tätigkeit des Sowjetentwerfers in Berlin, Kopp, wurde Kritik geübt. Er habe die bolschewistische Propaganda nicht genügend unterstützt und auf dem Gebiete der Anknüpfung wirtschaftlicher Beziehungen habe er nicht genügend Ergebnisse erzielt. Als Nachfolger Kopp's wurden Krafft und Giffelton genannt. Ueber Geldmangel wurden auf der Konferenz Klagen nicht laut. Das Parteibudget für Deutschland betrug monatlich 2 130 000 Mark. Um ein sicheres Einkommen der aus Moskau angewiesenen Mittel zu gewährleisten, wurde die Schaffung eines Propagandafonds für Osteuropa angeregt. Aufgabe der Konferenz war außerdem, die Organisation zu verbessern. Es sollen sechs Zentren geschaffen werden. Das Pariser Zentrum soll die Arbeit in Frankreich, England, Spanien, Belgien, Holland und in den besetzten deutschen Provinzen leiten. Das Berliner Zentrum umfaßt Deutschland mit Ausnahme Ostpreußens und Ober Ostpreußens, das Prager Zentrum Ober Ostpreußen, die Tschechoslowakei, Polen, Deutsch-Osterreich, Ungarn und Rumänien. Außerdem wurde ein skandinavisches Zentrum, ein weiteres in Afrika und ein spanisches verlangt.

Aus Stadt und Bezirk.

Magd., 31. März 1921.

Heißer Zwang. In Lemps in der Rheinprovinz ist vor Jahren die erste Gartenrentengründung entstanden. In Lempsen Häuschen, die in großen Gärten stehen, wohnen dort frohe, schaffende Menschen auf eigenem Grund und Boden — mit der einen Beschränkung nämlich, daß sie dieses Besitz um nicht beliebig weiterverkaufen dürfen, weil die Stadt, die es ihnen verleiht hat, sich das Wiederkaufrecht vorbehalten hat. Als Adolf Domacke, der bekannte Vorkämpfer der Bodenreformbewegung, kürzlich diese Gartenstadt besuchte, erzählte ihm einer der Siedler, daß er sein Häuschen mit Garten einst für 7000 M erworben habe und nun kräftig 45 000 M dar dafür haben könnte; aber seine Frau habe zu ihm gesagt: „Es ist doch gut für uns und unsere Kinder, daß wir nicht verkaufen dürfen. Dann können wir ja in irgend einer engen Hofwohnung in Eberfeld oder Remscheid.“ — „Es ist gewiß ein heilsamer Zwang, der solche Siedler vor der Verleitung schützt, das Glück des Eigenheims für einen Haufen papierenen Lappen, die doch Glück nur vordrücken können, zu bedacht hinzuwerfen.“

Was soll der Knabe werden? Eltern, die einen Knaben haben, der jetzt aus der Schule entlassen wird, sind meist in großer Sorge. Sie wissen nicht, was sie ihn lernen lassen sollen. Ein Beruf, der dem Sohn bringt, bringt den Eltern nicht, und ein Stand, der den Eltern lieb ist, ist dem Sohn zuwider. Und er soll doch seinen verfluchten Beruf erlernen! Aber er möchte einen Beruf erlernen, den er sich selbst wünscht und der ihm von innen heraus Freude macht. Freilich hat man sich in seiner Entscheidung irrende junge Menschen hat man sich verkehrte Vorstellungen vom Leben und Tod, den Beruf leicht falsch ein. Schon in den ersten Lehr- und Wanderjahren verfluchen oft die Ideale. Das Leben ist so nichtern! Und dennoch: wer eine Sache mit Begeisterung anfaßt, hat schon einen Vorsprung gegenüber dem, der mit Mühsal dranmacht. Lust und Liebe zu einem Beruf, den sich der Knabe selbst erwählt, sind nicht zu unterschätzen. Mütter, ihr Vater und Mütter, laßt den Knaben ruhig mitwählen. Aber laßt ihn bestimmen nicht allein wählen.

Thomasmehlsfrage. Nach einer Mitteilung der Deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaftsvereine hat der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft vor kurzen zur Frage der Einfuhr von Thomasmehl folgende grundsätzliche Auskunft gegeben: „Im allgemeinen wird Thomasmehl nur auf der Grundlage der deutschen Lieferungs- und Abnahmeverbindungen, wobei Mindestabgabe nach deutschen Bedingungen zur Rückzahlung ist, eingeführt. Das aus dem Auslande einzuführende Thomasmehl wäre auf Grund der Verkaufsmöglichkeiten über die Einfuhr von künstlichen Düngemitteln vom 28. und 31. Januar 1916 der Belegungsverordnung der Deutschen Landwirtschaft, M. d. S., Berlin W 23, Postfachstr. 30, anzuhängen, um es den Stückzahlnehmern des Jahres 1913 zuzuführen zu können. Unter dieser Voraussetzung werden Zuschüsse durch die Breitenabgabe für Thomasmehl, Berlin W 8, Charlottenstr. 71, gewährt, um das Thomasmehl der deutschen Landwirtschaft zum deutschen Höchstpreis zur Verfügung stellen zu können. Ich stelle deshalb ergebenst anheim, sich direkt mit dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft (Preisamt) in Verbindung zu setzen und bewirke nach, daß Thomasmehl aus dem Auslande nur nach zirconenstärkender Phosphorsäure eingeführt wird, und daß Angebote nur kraft der deutschen Menge angenommen werden. Für ausländisches Thomasmehl kommt jedoch nur ein Preis von höchstens Preis 1,50 per Hektol zirconenstärkender Phosphorsäure, und für Sojamehl M. 5,50 per Hektol zirconenstärkender Phosphorsäure in Frage. Falls die in der Lage sind, zu diesen Preisen und Bedingungen Thomasmehl anzubieten, so ersuche ich ergebenst ein Angebot an die Preisankleitsstelle für Thomasmehl, Berlin W 8, Charlottenstr. 71, gelangen zu lassen, worauf Jhnen mitgeteilt wird, ob die über dem deutschen Höchstpreis liegenden Preise übernommen werden können.“

Gesellschaft für soziale Reform. Die Durchführung der sozialen Reformen auf dem Lande war Gegenstand einer Besprechung innerhalb der Ostgruppe Stuttgart der Gesellschaft für soziale Reform. Der Vorsitzende, Reg.-Rat Dr. Blum, forderte in erster Linie eine durchgreifende Reform

Die Gerechtigkeit wohnt in der Geschichte, nicht im einzelnen Menschenleben. Feuerbach.

Zum Schatten der Schuld.

Original-Roman von Hanna Forster.

Renate war verwirrt und unentschieden. Die Verführung war groß. Hier stand ein durch und durch ehrenhafter, sympathischer Mann, der ihr sein Herz und seine Hand anbot. Sie konnte fort von hier, wurde frei, kam in andere Verhältnisse, wo sie nicht länger unter dem Schatten der Schuld stand, sondern geliebt und geehrt wurde.

Er schloß sie mit einer sanften Bewegung ihre herabhängende Rechte und sagte noch einmal mit bitterem, stehendem Ton nur das eine Wort: „Renate.“

Da schrak sie auf. Es war, als ob sie aus einem Traum erwachte. Sie entzog ihm ihre Hand und ihn traurig ansehend, sagte sie leise:

„Begrüßen Sie mich. Aber was Sie wünschen, kann ich nie verwirklichen. Sie müssen mich vergessen.“

„Hoffungslos, aus höchster Not, vernahm er diese ihre Worte.“

„Renate, Sie lieben einen andern, deshalb nehmen Sie meine Werbung nicht an!“

Da richtete sie sich auf und mit edlem Frauenstolz erwiderte sie:

„Ja, mein Herz gehört einem anderen Manne, doch die Verhältnisse liegen so, daß ich ihm nie, wie angehöben kann.“

„Also ist er verheiratet,“ dachte der Baron schmerzlich betrübt. Er war ganz niedergeschlagen. Ein höherer Laut entrang sich seiner Brust.

Daß Mitleid ruhete Renates Augen auf seinem Gesicht. Oh, wie sie mit ihm sah! Wie er ihr Leid tat. In einer warmen Aufwallung streckte sie ihm beide Hände hin.

„Herr Baron,“ sagte sie, „sagen Sie mein Freund, seien Sie mir ein Bruder, da ich keinen Bruder habe — ich weiß und fühle, daß Sie ein guter Mensch sind. Es wäre mir schmerzhaft, Sie verlieren zu müssen, weil ich Ihnen diese Entschädigung bereiten muß.“

Einem Augenblick überlegte der junge Offizier. Dann aber streute sein tieferes und edleres Gefühl über die geistlichen Hoffnungen. Fest umschloß er die ihm vertrauensvoll dargebotenen Hände und sagte ernst:

„Ja, ich will Ihr Freund, will Ihr Bruder sein. Nur ein wenig Zeit müssen Sie mir lassen,“ so sagte er mit einem schmerzlichen Blicke hinan, „bis meine Wunde etwas geheilt ist — ganz heilen wird sie nie — dann hoffe ich, daß wir uns wiedersehen können.“

Frau von Rehling wunderte sich im Stillen, daß die beiden jungen Menschen so tiefen Ernst zeigten. Der Baron sprach ihr nochmals seinen Dank für die lebenswichtige Einladung aus. Als sie ihn freundlich aufforderte, doch bald wiederkommen, da sagte er antwortend:

„Ehrwürdige Frau sind sehr gütig. Ich werde selbstverständlich gerne kommen, wünsche nur, daß in den nächsten Wochen meine Zeit sehr in Anspruch genommen sein wird. Und im Juni verreise Sie gewiß?“

„Ja,“ antwortete sie, von seinen Worten befreit, „wir werden auf 6—8 Wochen nach Schweden gehen.“

Blutlich schweißhaft ging man nun wieder die Allee bis zur Terrasse zurück. Hier richtete Frau von Rehling dem jungen Offizier abschiednehmend die Hand.

„In hoffnungsvoller Sehnsucht war Othmar von Wendi nach Schweden vertrieben — in tief schmerzlichem Sinnen fährt er nach D. zurück.“

Frau von Rehling blieb noch in dem Korbfessel auf der Terrasse sitzen, als der Besuch sich verabschiedet hatte. Fort-

gehend betrachtete sie Renate, deren ganzes Gesicht doch war und einen wehen Zug um den feingehaltigen Mund zeigte.

„Was hat es zwischen dir und dem Baron gegeben?“ fragte die alte Dame plötzlich in ihrer besten Art, die so gar keine Rücksichtnahme auf den Seelenzustand anderer Menschen nahm.

Renate antwortete ruhig:

„Baron von Wendi hat mich gefragt, ob ich ihm als seine Gattin in seine Heimat folgen wollte, und ich mußte ihm leider antworten, daß mir dies unmöglich sei.“

Frau von Rehling maß die Sprecherin voll Empörung.

„Wißt du mir wirklich erklären,“ rief sie außer sich, „wie du diesen sympathischen und vernünftigen Mann, der doch auch äußerlich selbst der vornehmsten jungen Dame gefallen müßte, eine solche beleidigende Antwort geben konntest.“

„Ich liebe ihn nicht,“ erwiderte Renate schlicht.

„Du liebst ihn nicht,“ höflich wiederholte die alte Dame diese Worte. „Was hast du denn an ihm anzusehen? Er ist jung, wohlhabend, aristokratisch, hübsch — ich würde dich wirklich nicht. Ich muß offen bekennen, daß ich dich für zu vernünftig hielt, um solchen Mädchenlaunen nachzugeben.“

„Es ist keine Panne,“ erwiderte Renate ernst. „Baron von Wendi ist mir sehr sympathisch, und ich schätze ihn, weil er ein wahrhaft vornehmer Charakter ist, aber das genügt nicht für die Ehe. Ich würde nie eine Ehe eingehen, die nicht auf gegenseitiger wahrer Liebe aufbaut wäre, denn nur das gibt Gewähr für ein dauerndes Glück und die Kraft, alle Beschwerden des Lebens zu ertragen.“

„Diese Weisheit hast du wohl in einem Buch gelesen,“ spottete Frau von Rehling. „Was du von gegenseitiger Liebe sagst ist alles Unsinn. Die Hauptsache ist, daß der Mann die Frau liebt. Für uns ist es freis am besten nicht zu bleiben, nur dadurch herrschen und herrschen wir den Gatten. Das lasse dir gesagt sein. Jetzt wird es mir hier kühl, du kannst mich hinaufbegleiten und mir noch eine Stunde vorlesen.“

(Fortsetzung folgt.)



und Bezirk.

Napold, 31. März 1921

In dem in der Rheinprovinz...
großen Gärten stehen, wohnen
auf eigenem Grund und
Baukosten freilich, daß sie dieses
verkauften dürfen, weil die Stadt,
das Wiederaufkaufrecht vor
zuzieh, der bekannte Verkäufer
diese Gartenkulturen be-
Siedler, daß er sein Grundstück
erwerben habe und nun leicht
Bau; aber seine Frau habe zu
für uns und unsere Kinder,
Dann sehen wir jetzt in
in Elberfeld oder Remscheid.
Fräulein, der solche Siedler vor
Bau des Eigenheims für einen
doch Glück nur vorzuziehen

werden? Eltern, die einen
der Schule entlassen wird, sind
wollen nicht, was sie ihn lernen
dem Sohn befragt, befragt den
der den Eltern ist es ihm dem
doch keinen vererbten Beruf er-
Beruf erlernen, den er sich selbst
n heraus Freude macht. Freilich
wirdlang lebende junge Mensch
ng vom Leben und schließt den
in den ersten Lehr- und
die Freude. Das Leben ist so
eine Sache mit Begeisterung
gung gegenüber dem, der mit
iebe zu einem Beruf, den sich
d nicht zu unterziehen. Al-
den Rauben ruhig mitwählen,
allein wählen.

Nach einer Mitteilung der Deut-
schen Reichspresse hat der Reichs-
Landwirtschaft vor kurzem zur
nächst folgende grundsätzliche
emtionen wird Thomasmehl nur
den Vorkauf und Anlagien-
hülle nach deutschen Standards
läßt. Das aus dem Ausland
wäre auf Grund der Befreiung
von künstlichen Düngemitteln
s der Bezugserleichterung der
n, Berlin W 35, Postamtstr.
Stichtagsabrechnung des Jahres
unter dieser Voraussetzung ver-
ausgleichslos für Thomasmehl
steigert 71, gerührt, um das
wichtigste zum deutschen Höchst-
n können. Ich stelle deshalb
mit dem Reichsministerium für
(Preis-)Angelegenheiten für Tho-
mehl in Verbindung zu fragen
wird aus dem Ausland nur
hochpreisige eingeführt wird,
bei welcher Menge argumen-
tes Thomasmehl kommt jedoch
Preis 1,50 per Mio Brot, zuge-
rd für Saarmehl 11, 5,50 per
hochpreisige in Frage. Falls
den Preisen und Bedingungen
en, so erlaube ich ergebenst ein
stelle für Thomasmehl,
gelangen zu lassen, worauf
über dem deutschen Höchstpreis
zu werden können."

Reform. Die Durchführung
Lande war Gegenstand einer
Gruppe Stuttgart der Gelehr-
der Vorlesende, Reg.-Rat Dr.
die eine durchgeführte Reform

deren jenseitige Gesicht nicht nur
eingeschulten Mund zeigte,
er und dem Baron gegeben?
in ihrer höchsten Art, die so
den Seelenzustand anderer

nicht gestraut, ob ich ihm als
folgen wollte, und ich mußte
dies unmaßlich sei."
die Sprecherin voll Empörung,
erklären," rief sie außer sich,
und vorn ihnen Mann, der
verrättesten jungen Dame
gende Antwort geben konnte."
über die Worte schloß.

nicht wiederholte die alte Dame
enn an ihm aufzusehen? Er
lich, lächlich — ich verstehe dich
bekennen, daß ich dich für zu
Hochschulmann nachzugeben."
über die Worte errötete. "Baron
stark, und ich schäme ihn, weil
bakter ist, aber das genügt
wie eine Ehe eingehen, die
Liebe aufzubauen wäre, denn
auerndes Glück und die Kraft,
ertragen."

wohl in einem Buch gelesen."
"Was du von gegenwärtiger
Die Hauptfrage ist, daß der
das ist es nicht am besten fühlt
und selbst wie den Gatten.
er wird es wie hier läßt, du
d mir noch eine Stunde vor-
(Fortsetzung folgt.)

des Gesundheitswesens, insbesondere der Volksschulen, wie
Tuberkulose, Geschlechtskrankheiten u. a. Im engen Zusam-
menhang damit steht die Hebung des Wohnungswesens. Diese
ist auf dem Lande nicht weniger nötig als in der Stadt.
Außerdem will er die geistigen Fortschrittsbestrebungen we-
ter ausgebaut sehen. Das Allgemeininteresse soll hauptsäch-
lich für Jugendfürsorge, Volksbildung und Heimatpflege ge-
wahrt werden. Nicht weniger Aufmerksamkeit soll den wirt-
schaftlichen Fragen, dem Arbeitsrecht, Siedlungsfragen zuge-
wandt werden. In der sich anschließenden Aussprache wurde
ganz besonders die dringende Notwendigkeit der Gesundheits-
pflege betont. Die schuldigen Untersuchungen liegen auf
dem Lande noch zu sehr im argen. Insbesondere sollte auch
gegen die Verabreichung von Alkohol (Most u. s.) an Kinder
Schnitte unternommen werden. Statt des Alkohols können
die viel bekümmerten Fruchtsäfte gereicht werden. Die Ein-
richtung von Krankenkassen und Gemeindefürsorgeein-
richtungen soll gefördert werden. Die Amtsärztlichen Beamten hier-
durch Übernahme der Kosten ihre weitausgehende Hebung der
Volksgesundheit beitragen. Weiterhin soll Aufklärung der
arbeitenden Bevölkerung, hauptsächlich der unständigen Ar-
beiter über die Kranken- und Invalidenversicherung erfolgen.
Jeder Arbeiter soll möglichst darauf bedacht sein, daß er im
Krankheitsfall versichert ist. In der Frage der Berufsber-
eitung können auf dem Lande die Lehrer mitwirken. Statt
Vollzeitschulen werden hauptsächlich landwirtschaftliche,
Hand- und Maschinenlehren, die wohl bei dem kleineren
Bauungsbedürfnisse auf dem Lande mehr Anklang finden wer-
den. Im Schlußwort kam zum Ausdruck, daß auf dem Lande
viel mehr durch "das Beispiel" als durch Aufklärung und
Zuspruch erreicht werden kann.

Sitzung des Gemeinderats vom 23. März in Alten-
reig. Bekanntgeben wird ein Erlaß des Fu. Oberkommissars,
nach welchem die Aufhebung der hiesigen Ländl. Mittelschule
und deren Umwandlung in eine städtische Schulschule an der
Volksschule genehmigt wird. — Der Vorsitzende berichtet über
das Ergebnis der am letzten Sonntag in Platzstufenweiler
abgehaltenen Verhandlungen wegen Einziehung von Auto-
linien. — Der Reichsanwalt aus Stadtwald Bremen, Hoch-
bayerwald u. den vorderen Waldbergen erbrachte bei einem
Ausgebot von insgesamt 434000 einen Erlös von 47000,
weiter wurde auf die am Wege zum Wehrhofswehrt ge-
litten 10 Poppel der Anschlag von 44000 geboten. — Auf
die der Stadtgemeinde aus der Feilbereinigung II zugefallenen,
jüngst zum Verkauf gekommenen Grundstücke, wurden ver-
schiedene Angebote abgegeben. Es folgte deshalb ein weiterer,
leider verlustbringender Auktionsverkauf.

Einweihung des Kriegerdenkmals, Schirring. Am
Ostersonntag wurde das von hiesiger Gemeinde ihren
im Jahre 1918 erbauten Kriegerdenkmal eingeweiht. Unter
allgemeiner Teilnahme der Gemeinde und verschiedener Vereinstor-
nungen der Aufbahrungsbewegung wurde der Gedanke eines
Kriegerdenkmals der Zeit zum Ausdruck. Nach vorausge-
gangener Minuterie und Musik folgte die Hebung der
Denkmals durch den Erbauer Westfälischer Kamp-
f, welcher in kurzen Worten einen Rückblick über den Ver-
lauf des Kampfes gab. Der Ortsvorsteher Schmitt
führte übernahm hierauf das Denkmal mit dem Hinweis,
daß dasselbe den Kämpfern und späteren Nachkommen ein
Zeichen sein werde von den durch die Schicksale der Gemeinde
erhaltenen großen Opfern im Weltkrieg. Dem Kameraden
"Wir lebten uns wie Brüder" folgte die viel ergreifende
Rede des Herrn W. Schmitt von Schirring mit Worte
des Kriegerdenkmals, welche mit Fahnenwinken, Glocken-
schall und Musikbegleitung war. Nach dem Klang
"Im Feld des Ruhens ruht" wurden im Namen der Vereinstor-
nungen ehemalige Kriegerkameraden und des Kriegerdenkmals,
sowie von den Angehörigen der Schirring unter warmen
Nachrufen für die in fremder Erde ruhenden Soldaten, Kranke
niedergelegt. Durch das Lied der Jungfrauen "Dort über
leben Seelen" fand die würdige Feier ihren Abschluß.

Württemberg.

Die Geschäftstage des Landtags. Stuttgart, 30. März.
Der Landtag hat sich am 14. Tage verabschiedet. In der
Zwischenzeit soll der Finanzausschuß das Volkswirtschafts-
und den Etat für 1921/22, und der Ausschuß für Jünere
Verwaltung des Gesundheitswesens durchgearbeitet.
Die nächste Sitzung soll voraussichtlich am 12. April
stattfinden.

Demonstration. Stuttgart, 29. März. Dem Ruf
der Kommunisten zu einer Massen demonstration am dem
Marktplatz waren heute Nachmittag etwa 5000 Personen
gefolgt, die Zahl der Renaturierten dürfte ebenso hoch zu
schätzen sein. Die Kommunistenführer Müller und Kemme
hielten Reden, in denen sie gegen die Verwendung württ.
Verkehrs- und in Württemberg und gegen das Vorgehen
der Polizei gegen den "Kommunisten" Protest einlegten. Mit
Gedächtnis auf die Internationale und einem Demonstrationen
von mehreren tausend Arbeitern, die fliegend durch die
Ruhigstraße zogen, endete die Demonstration.

Das Reichsgericht abgeurteilt. Stuttgart, 30. März. In
der Sache zum 10. März 1920, in der die Angeklagten des Reichs-
gerichts auf dem 1. März 1920. Nach ein er hoch angelegte Säule
dem 1. März 1920. Das Urteil wurde von der Stadt abgeurteilt
und von der Justiz, die mit großer Schwere in der Ver-
fahren 1000 M. für zu kämpfen hat, gefällt.

Regimentssammelaussch. Stuttgart, 31. März. Der
Oberste des Regimentssammelaussch. Königin Olga und die Vereinstor-
nung ehemaliger Offizierskader in Stuttgart werden am
31. September, dem Geburtstag der Königin Olga, eine

Bundesversammlung aller früheren Regimentangehörigen
aus Krieg- und Friedenszeiten veranstalten. Voraussichtlich
wird damit die Bundesversammlung für ein Desinfekt verban-
nen sein, das im Jahre 1923, in dem das Regiment auf
sein 250-jähriges Bestehen hundert-jährigen Jubiläum, zum
Ankenden an die Gefallenen und zur lebenden Erinnerung
an das Regiment errichtet werden soll.

Verbandsversammlung des Gemeindeverbands Elek-
trizitätswerk Teinach. Vorangegangene Samstag fand unter
der Leitung des Verbandsvorsitzenden, Stadtschultheiß Müller-
Reubold in Anwesenheit der Vertreter sämtlicher angeschlos-
sener Gemeinden und der Oberamtsvorstände der beteiligten
Oberamtsbezirke im "Bad. Hof" die Verbandsversammlung
des Gemeindeverbands Elektrizitätswerk Teinach statt. Der
Vorsitzende trug den Rechenschaftsbericht vor, der u. a. besagt,
daß die Fortführung des Verbands ein wirtschaftlicher Kampf war.
Große Anforderungen seien an den Verband gestellt worden
durch die hohen Materialkosten, die immer steigenden Gehälter
und Löhne etc. Was den Betrieb selbst anbelangt, so legte
sich die ganze Hoffnung auf den Anschluß an das Netz, wor-
über in der Verbandsversammlung am 4. Dezember 1919
entschieden wurde. Dieser sei der Anschluß nicht möglich ge-
wesen. Die Anschlußbewegung war bei der Selbstkosten
ziemlich günstig und ist der Stand der Anschlüsse auf 1. April
1920: 9862 mit 67886 Lampen, 2840 landwirtsch. Licht-
mit 7939 PS, und 488 gewerbliche Motoren mit 2447 PS, 469
Hausstellen und 47 Kehler. Die Jahresrechnungen von 1918
und 1919 weisen einen Reinertrag von 261.954,79 bzw.
238.988,47 M auf; dieser Reinertrag ist in Friedenszeiten
als gut zu beschreiben, bei den heutigen Verhältnissen ist
es nur möglich, bescheidene Beiträge zu Abschreibungen zu
verwenden. Der Voranschlag 1920, auch erst aufgestellt nach
veränderndem Ablauf des Rechnungsjahrs, weist die Bilanz-
ierung der Ausgaben mit den Einnahmen nach. Die Auf-
hebung des Inflationenmonopols ist schon in der Verbands-
versammlung vom 4. Dezember 1919 beschlossen worden,
konnte aber auf Wunsch der Arbeiter und dem Eintreten
sonstiger Verhältnisse nicht zum Austrag kommen. Inzwi-
schen sind die Vorbereitungen so getroffen, daß mit dem 1.
April d. J. das Monopol aufgehoben werden kann. Dabei
ist beabsichtigt, die Inflationen nach dem vom Beleg-
verband der Elektrizitätswerke Württembergs und Hohenzollerns
aufgestellten Grundrissen zuzulassen und mit diesen beson-
dere Vorteile abzuschließen. Die Festsetzung der Sätze von
1918 und 1919 wurde genehmigt. Der Voranschlag für
das Rechnungsjahr 1920/21, von dem die Ergebnisse also
schon größtenteils feststehen, sieht an Einnahmen 3 Millionen,
an Ausgaben 2.964.200 M vor. Der Vorsitzende wies dar-
auf hin, daß nach dem jetzt schon zum größten Teil fest-
stehenden Rechnungsergebnis von 1920/21 die Ausgaben ge-
genüber 1918 um das 2-fache gestiegen sind, was natürlich
auch die Notwendigkeit der Erhöhung der Strompreise ergab.
Im übrigen seien die Strompreise nur um das fünffache
erhöht worden. Der Voranschlag wurde genehmigt. Eine
sehr eingehende Erörterung zielte die Frage der Tarif-
erhöhung. Der Verwaltungsrat hatte von dem ihm zugebil-
ligten Rechte der Strompreis-erhöhung im Hinblick auf die seitliche
Steigerung der Ausgaben Gebrauch gemacht und den Höchst-
preis von 1,80 M auf 2,20 M, den Höchstpreis von 1,20 M
auf 1,60 M erhöht, und zwar vom 1. Dezember ab, weil es
im Interesse der Wirtschaftlichkeit des Verbands für wirt-
schaftlich erachtet wurde, die Ausgaben aus lokalen Mitteln zu
bedecken. Kasser Schmidt gab die Verhältnisse der ver-
schiedenen Werke bekannt, woraus hervorgeht, daß diese weit
höher, als niedrigerer Sätze haben. Der Grund für die
teilweise höheren Sätze des Linacher Werks sei darin zu
suchen, daß dieses ein äußerst ungünstig gelegenes Ver-
kehrsgelände habe. Die zu der Frage Stellung nehmenden
Vertreter verschiedener Gemeinden sprachen sich fast sämtlich
gegen die Preis-erhöhung des Strompreises von 2 M 20 J
aus. Kasser Schmidt erklärte zu der Frage, ob nicht eine
Erhöhung von 20 J eintraten könne, daß man das nur
verantworte, wenn die Verhältnisse bezüglich der
Materialpreise und Löhne so stehen, wie sie jetzt sind.
Die Kostenpreise würden aber noch fortwährend steigen.
Eine sehr ausführliche und teilweise erregte Debatte rief der
Antrag des Verwaltungsrats auf Aufstellung eines Diebstahl-
monopols als Referat hervor. Während der schwierigen
Berichterstattung über die Wintermonate müssen alle Maschinen
in Betrieb genommen werden, so daß keine Reserve vorhan-
den ist. Wenn die Wirtschaftliche verlangen und eine der
Machtkräfte Dicks wird, ist die Beherrschung der Abschmei-
er in Frage gestellt. Der neue Betriebsleiter Schmidt deshalb
als Referat die Aufstellung eines Diebstahlmonopols vor.
Als Type ist einer der beschlagnahmten Schiffsmotoren vor-
geführt. Der Motor hat eine Stärke von 420 PS, und
würde im Stand sein, einen Sauggasmotor von 400 PS zu
erfahren. Der Aufwand ist berechnet für die Maschinen auf
800000 M für die bauliche Veränderung mit Einrichtung
einer Zerkammerung auf 700000 M, zusammen 1.500000 M.
Die Verammlung beschloß schließlich, daß der durch seine
stellvertretenden Mitglieder verfaßte Verwaltungsrat noch
einmal eingehend die Frage der Beschaffung geeigneter
Werkstoffe prüfen solle, und wenn nach dieser Prüfung in
absehbarer Zeit nicht eine Sicherung der Stromlieferung
erreicht werden könne, so solle die Verbandsversammlung
nachmals zu der Frage der Aufstellung eines Diebstahl-
monopols nehmend. Der Antrag, daß der verfaßte Ver-
waltungsrat über diese Frage entscheiden möge, wurde abgelehnt.

Handelskammer. Heidenheim, 30. März. Die hiesige
Handelskammer ist der Ansicht, daß unsere einzige mögliche
Gegenmaßnahme gegen die Sanktionen der Boykott aller
nur einbehaltenen Waren aus den Exportländern ist. In
der Frage des Gewerbebetriebs im Umbergeben steht sie die
Doppelgänger darin, daß der Hausverkauf in seiner Steuer-
kraft nicht genügend erhöht wird. Bezüglich der Sonntag-
ruhe hält es die Kammer für so wenig, die bisher zuge-
lassenen 10 Sonntage an lässlichen Feiertagen auf 15 zu erhöhen.

Legte Drahtnachrichten. Die Generalstreikspare
nirgends befolgt. Berlin, 30. März. (Aus den Abendblättern.) In Berlin
sind die vergangene Nacht und der heutige Vormittag ruhig
verlaufen. Die Generalstreikspare der Kommunisten ist
nirgends befolgt worden. In vielen Betrieben sind heute

normiert logar die Kommunisten zur Arbeit erschienen. Die
Kommunisten im Kaiserwerth Werke, das den Süden Berlins
mit Strom versorgt, ergab eine überwiegende Majorität für
die Wiederaufnahme der Arbeit. Die Stromlieferung nach
Berlin hat heute vormittag wieder eingesetzt.

Unter den in Westberlin verhafteten Kommunisten be-
finden sich fünf, die dringend verdächtig sind, die Bomben-
anschläge auf die Landgerichte in Dresden und Freiberg,
sowie auf den Bahnhofs-Hauptbahnhof verübt zu haben. Einer
der Verhafteten hat bereits das Geständnis abgelegt, an den
Bombenattentaten beteiligt zu sein. Die Beweise für die An-
schläge sind von einem Besonderekomitee ausgearbeitet wor-
den, das seine Beratungen in Charlottenburg abgehalten
pflegte. Die fünf Verdächtigen sind alle Berliner.

Die politische Unternehmung gegen die Urheber des An-
schlags auf die Siegeshalle ist heute abgeschlossen worden.
Die Verhafteten wurden in das Untersuchungsgefängnis in
Moabit gebracht. Nach ihrem Auslassungen sollte die Sprengung
der Siegeshalle das Anzeichen für die neue Revolution sein.
Berlin, 30. März. In der Fabrik der U. G. G. fand heute
vormittag unter der Leitung von 10000 Mann hiesigen Belegschaft eine
Kommunistenversammlung statt, die nur 1500 Stimmen für den Streik
ergab. Trotzdem verließen die Arbeiter die Arbeit, die Arbeiter
zur Arbeitsverteilung zu zwingen, worauf die Belegschaft die
Aufforderung aus dem Verein hinstellte.

Frankfurt a. M., 30. März. Der von der kommunistischen
Partei für heute ausgearbeiteten Parole zum Generalstreik ist
in den Betrieben Frankfurts nicht Folge geleistet worden. In
allen Betrieben wird gearbeitet. Die Nacht ist ruhig verlaufen.

Bern, 31. März. Die Nachricht von dem Erscheinen des
Ex-Kaisers Karl in Budapest hat im Bundeshaus überaus
Viel von einer Ausreise des Ex-Kaisers war nichts bekannt. An
die Ausschussmitglieder war die Verleumdung geübt, daß
der Ex-Kaiser und seine Berater sich jeder politischen
Propaganda in der Schweiz enthalten. Er war nicht ver-
pflichtet, seine Ausreise-Abfahrt dem Bundesrat anzuzeigen.
Über die Art, wie sich die Ausreise vollziehen hat, schreibt
eine Unternehmung. Größtenteils einer starken Hilfe und
eines weiteren Aufschubs in der Schweiz bedürftig hat
Bundesrat keine Maßnahmen vor. Die österreichische Ge-
sellschaft und die ungarische von Bern haben erklärt, daß
sie keine Ausreise Genehmigung dem Ex-Kaiser erteilt haben,
und wissen auch nicht, auf welchem Wege er die Schweiz
verlassen hat. Auch der in Bern lebende Bruder des Ex-
Kaisers Erzherzog Ruz sowie andere Angehörige hatten keine
Kenntnis von dem Schritt und behaupten ihn.

Gegen den Versuch der Wiedererrichtung der Habsburger Monarchie. London, 21. März. Die Reuterschreibt, in die britische
Regierung unter keinen Umständen gewillt, die Wieder-
errichtung der Habsburger Monarchie zu gestatten, da sie
vergegenwärtigt, daß die Wiedererrichtung Karls zu den ver-
schiedensten internationalen Verbindungen führen und den
Frieden Mitteleuropas gefährden würde.

Wien, 31. März. Die eine Zeitungs-Korrespondenz er-
fährt, ist der angelegentlichste Schritt der Österreicher und der
Römer. Einmal gegen jeden Versuch einer Restauration der Habs-
burger in Ungarn bei der ungarischen Regierung bereits er-
folgt. Reichsoberster Herzog bedarf auf seiner Haltung
gegenüber dem Erzherzog Karl, womit sich die Vertreter der
tschechoslowakischen, der jugoslawischen und der rumänischen
Regierung zufrieden geben.

Sechste Kurz-Neudungen.

Die Reichsverwaltung hat gegen die neue Ausdehnung
der künftigen Belegung im Industriegebiet einen neuen
Protest an den Bundesrat gerichtet.
Die Verordnung des Reichspräsidenten über Bildung
von Ausnahmegerichten steht auch die Aburteilung von Ver-
brechern, die außerhalb des Zuständigkeitsbereichs zur Unter-
suchung des Aufstandes verhaftet werden, durch Sondergerichte vor.
In Halle wurde eine Zentralstelle des Aufstands von der
Polizei aufgehoben.

Nach einer Londoner Meldung beabsichtigt Italien das
beschlagnahmte deutsche Eigentum gegen eine Pauschalab-
findung freizugeben.
Der württ. Landtag hat am Mittwoch dem Staatsver-
trag über den Reichsanwalt mit 62 gegen 15 Stimmen der
Rechten zugestimmt.

Stadtgemeinde Nagold.

Abgabe des Bürgerreiffs.

Das vorhandene gebundene Radelholzreiff wird nicht
aus, um allen nutzungsberechtigten Bürgern die volle Bür-
gergabe in Reiff abgeben zu können. Der Gemeinderat
hat daher durch Beschluß vom 30. März als Entschädigung
für die 100 geb. R. d. W. den Betrag von 70 M festge-
legt und bestimmt, daß diejenigen Bürger, welche das Reiff
nicht selbst verwerten, dasselbe der Stadt zur Verfügung zu
stellen haben. Diejenigen Bürger, welche ihre Bürgergabe
in Geld bezahlen wollen, werden daher aufgefordert, dies bis
Samstag, 2. April, Mittags 12 Uhr auf der Kasse der
Stadtvverwaltung anzumelden. 1571
Der Gemeinderat hat ferner den Verkauf des Bürger-
reiffs innerhalb der Stadt oder nach außerhalb derselben.
Zwischenhandlungen sind strafbar und unterliegen außerdem
einer Vertragsstrafe von 100 M.
Nagold, 30. 3. 21.
Stadtschultheißenamt: Walter.

Offene Beine

Geschwulste usw., auch bei un-
heilbar gewordenen alten Wan-
den, bittet sich m. Kohlepap.,
„Radioaktio“ m. Strahlen-
strahlung. Wg. Anwen-
dungen. Preis befreit. Nur
14.90 M. 1135
Apotheker Hofmann's Laborato-
rium München R. 2, Weinstr. 9

Schul- u. Wandtafel- Schwämme

in guter und preiswerter
Qualität
bei
G. W. Zaiser, Nagold.



